

Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine des Landesbauernverbandes

1. Wie stehen Sie zu den verschiedenen Unternehmensstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe und verlässlicher langfristiger Rechtssicherheit für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt? Welche Zukunftsvision hat Ihre Partei für die heimische Landwirtschaft?

Verschiedene Unternehmensstrukturen und somit Vielfalt bei den Landwirtschaftsbetrieben im Land Sachsen-Anhalt sind zu erhalten und zu fördern. Etwa 75 Prozent der Betriebe sind Einzelunternehmen (im Haupt- und Nebenerwerb) und bewirtschaften rund 20 Prozent der Fläche in Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE will die kleineren Betriebe stärken, um die Vielfalt beizubehalten und allen Betriebsformen die gleichen Entwicklungschancen einzuräumen. Uns ist bewusst, dass vor allem die bei uns historisch gewachsenen großen Betriebe (ehemalige Genossenschaften) den größten Teil der landwirtschaftlichen Fläche im Land bearbeiten und somit einen großen Stellenwert besitzen, auch wenn heute nicht mehr allen dieser Unternehmen noch der Genossenschaftsgedanke zugrundliegt.

DIE LINKE setzt sich für ein Agrarstrukturverbesserungsgesetz mit Bodenpreisbremse und flankierendem landeseigenen Bodenfonds ein, um den erheblichen Struktur- und Besitzveränderungen in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu begegnen. Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herzustellen, streben wir eine Verdopplung der bisherigen gut 9 Prozent auf einen Anteil von 20 Prozent der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Sachsen-Anhalt an.

2. Grund und Boden sind der wichtigste Produktionsfaktor der Landwirtschaft. In unserem Forderungskatalog zur Landtagswahl werden dazu einige Aussagen getroffen. Wie stehen Sie zu einer Überarbeitung der Regelungen zum Grundstücksverkehr, einer Absenkung der Grunderwerbssteuer, der Abschaffung der Doppelbesteuerung bei Ausüben des Vorkaufsrechts durch die Landgesellschaft sowie der Besteuerung des Grunderwerbs im Zuge von Share Deals?

In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Kaufpreise verdoppelt und die Pachtpreise stiegen um den Faktor 1,5. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir in 10 Jahren nicht mehr von „unserer Landwirtschaft“ sprechen können. Deshalb sagt DIE LINKE ganz klar: Boden darf keine Ware sein, denn er ist eine natürliche Lebensgrundlage. Der Spekulation und dem Ausverkauf von Ackerland an Investoren muss Einhalt geboten werden.

Deshalb sind die Regelungen zum Grundstücksverkehr zu überarbeiten. Wir setzen uns für einen Preisdeckel, ein Vorkaufsrecht für echte Landwirt*innen aus der Region und mehr Land in öffentlicher Hand ein. Um eine agrarstrukturell nachteilige Verteilung von Grund und Boden zu verhindern bzw. erhebliche Gefahren für die Agrarstruktur abzuwehren, sollte der Kaufpreis für landwirtschaftliche Flächen den durchschnittlichen Verkehrswert nicht mehr als 10 Prozent übersteigen. Bei den sogenannten Share Deals sollte die Anteilshöhe, ab der die Genehmigungspflicht eintritt, auf 25% festgesetzt werden. Insgesamt sind die Regelungen zu den Share Deals zu überarbeiten, dazu gehört auch die Frage der Besteuerung, da es sich hier um indirekten Bodenerwerb handelt.

Gleichzeitig sehen wir als ergänzenden Schritt zur Ausübung des Vorkaufsrechtes durch die Landgesellschaft die Notwendigkeit, die Doppelbesteuerung zu überarbeiten. In der gegenwärtigen Form ist sie nicht sinnvoll.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Rahmenbedingungen für tierhaltende Betriebe so zu gestalten, dass die Tierbestände in Sachsen-Anhalt nicht noch weiter abnehmen. Wie kann die Tierhaltung in Sachsen-Anhalt stärker gefördert werden?

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Rahmen, der eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung ermöglicht. Er muss sowohl das Wohl der Tiere sichern, aber auch das Wohl der Menschen, die sie betreuen. Zuerst müssen Tierversümmelungen und Qualzuchten beendet sowie der Antibiotikaeinsatz weiter reduziert werden. Stattdessen setzen wir in der Tierhaltung auf robuste Mehrnutzungsrasen und tiergerechte Haltungsformen ohne Käfigsysteme, Kastenstände oder Vollspaltenbuchten. Vor allem aber braucht es einen sozial verträglichen Umbau zu einer flächengebundenen Tierhaltung, die ausreichend Fläche für die Futtererzeugung und die Gülleausbringung berücksichtigt. Ein Punkt, der sowohl die tierhaltenden Betriebe als auch die Tiere selbst betrifft, ist eine notwendige gesetzliche Regelung beim präventiven Brandschutz an Tierhaltungsanlagen.

4. Wie soll die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik zukünftig gestaltet und in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden? Welche Programme sollen in der 2. Säule in Sachsen-Anhalt angeboten werden? Wie stehen Sie zur Umschichtung von der 1. in die 2. Säule?

Wir haben es in der Landwirtschaft nicht nur mit einer Klimakrise und einer ökologischen Krise zu tun, sondern auch mit einer sozialen Krise! Viele Betriebe, die Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, stehen mit dem Rücken an der Wand. Die eigentlichen Profiteure der aktuellen Agrarförderung sitzen eher in den Konzernzentralen von Tönnies, Aldi und Co. – oder in den Büros der Bodenspekulanten und Investoren.

In die kommenden Förderperiode muss zwingend der Einstieg in eine am Gemeinwohl orientierten Agrarpolitik geschafft werden. Die konzernfreundliche EU-Agrarpolitik hat für eine ganze Branche über Jahrzehnte hinweg falsche Förderanreize gesetzt und die Landwirtschaft europaweit in eine ökonomische und ökologische Sackgasse geführt. Die strukturellen Probleme können auch nicht allein durch die Förderpolitik gelöst werden. Es müssen dringend die Ursachen, z. B. die Marktübermacht von Konzernen in einem globalisierten Markt angegangen werden. Ab dem ersten Euro müssen EU-Agrarsubventionen an ökologische und soziale Leistungen gebunden werden. Landwirtschaftsfremde Investorennetzwerke dürfen nicht auch noch länger auf Kosten der ortsansässigen, nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft gefördert werden.

DIE LINKE plädiert dafür, bei der Umsetzung auf Landesebene die bisher vorhandenen Förderprogramme stärker zu bündeln und die entsprechenden Richtlinien weiter zu fassen, damit mehr Akteur*innen standortangepasst profitieren können. Dazu gehören zwingend Programme zur Klimafolgenanpassung.

5. Die land- und forstwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung in Sachsen-Anhalt zu sichern und auszubauen ist unerlässlich, um auch zukünftig heimische Landwirtschaft zu haben. Welche Aussagen treffen Sie zur land- und forstwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung sowie der Beratung landwirtschaftlicher Unternehmen? An welchen Stellen wollen Sie strukturell unterstützen?

In den ländlichen Regionen wandern immer noch vor allem junge Frauen oft unfreiwillig in die städtischen Siedlungsräume ab. Defizite bei der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Mobilität, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Kultur) und fehlende Einkommens- und Ausbildungsperspektiven gelten

als häufige Motivation abzuwandern. Diese selektive Abwanderung von Frauen gehört zu den Schlüsselfaktoren, die über die Zukunftsfähigkeit der Dörfer und kleinen Städte und ihre Attraktivität entscheiden. Durch leichteren und geförderten Zugang zu alternativen, regional verankerten Strukturen in der Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln muss die Attraktivität landwirtschaftlicher Berufe gestärkt werden. Überzogene Standards und bürokratische Hürden sind abzubauen. Ein positives Bild der Berufe sollte verstärkt frühzeitig in den Schulen und in der Berufsberatung vermittelt werden. Dabei unterstützen wir die Landwirt*innen.

Um die Landwirtschaft attraktiv und damit überlebensfähig zu entwickeln, spielen verbesserte Möglichkeiten für die Aus- und Weiterbildung und auch für Höherqualifizierung der Landwirt*innen eine wichtige Rolle. Die Angebote sollten vor allem auch auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten sein und Perspektiven bieten, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen können. Auch Quereinsteiger*innen soll der Einstieg in die Ausbildung erleichtert werden. Dies setzt auch die Unterstützung für die Ausbildungszentren und -betriebe voraus. Hier sehen wir noch erheblichen Handlungsbedarf.

6. Wie sollen die regionale Produktion und Vermarktung unserer landwirtschaftlichen Produkte ausgebaut und gestärkt werden? Wie wollen Sie Vermarktungsstrukturen stärken? Wie stehen Sie zu Importstandards landwirtschaftlicher Produkte und einer transparenten Deklaration?

Erfreulicherweise haben sich in einigen Regionen bereits solche Strukturen etabliert. Diese bedürfen aus unserer Sicht stetiger Unterstützung, um sich zu festigen und vor allem die eigenen Netzwerke auszubauen, sodass viele regionale Vermarkter*innen profitieren. Dabei sehen wir vor allem auch die AMG und kommunale Wirtschaftsförderer mit in der Verantwortung.

DIE LINKE steht positiv zu Importstandards für landwirtschaftliche Produkte, wenngleich wir uns der Schwierigkeiten hierfür bewusst sind. Deshalb setzen wir auf Transparenz, insbesondere bei der Deklaration.

7. Betriebe in den sogenannten benachteiligten Gebieten wirtschaften unter besonders ungünstigen Standortbedingungen. Wollen Sie Ausgleichszahlungen in diesen Gebieten nach 2021 fortführen? Einschränkungen für die Produktion gelten auch in Natura 2000 Gebieten. Halten Sie dort an der Ausgleichzulage fest und setzen Sie sich dafür ein, dass die Höhe eine tatsächliche Nachteilskompensation erreicht?

Die Ausgleichszahlungen für sogenannte benachteiligte Gebiete sind derzeitiger Stand und nach unserer Auffassung vorerst fortzuführen. Ebenso wichtig sollte aber künftig die intensive Beratung und Begleitung der Bewirtschafter*innen sein, um ggf. alternative Bewirtschaftungsoptionen zu entwickeln.

In ganz Europa ist die Ausweisung der Natura2000-Flächen mit Nutzungskonflikten verbunden. DIE LINKE setzt sich bei der Aufstellung der Managementpläne für einen frühzeitigen Dialog zwischen den Beteiligten ein, um bei Eingriffen in die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen in NATUR-2000-Gebieten derartige Nutzungskonflikte zu vermeiden. Alle freiwilligen Leistungen der Landwirte für den Natur- und Umweltschutz sollten aus unserer angemessen vergütet werden. Eingriffe in den Naturhaushalt sind vom Verursacher auszugleichen.

8. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um den „Flächenfraß“, also den Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche stärker zu begrenzen? Wie gehen Sie mit dem zusätzlichen Naturschutzausgleich für Infrastrukturmaßnahmen um, wie wollen Sie dabei landwirtschaftliche Nutzfläche weitgehend schonen?

DIE LINKE will die flächenmäßige Verringerung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen stoppen. Der Landwirtschaft dürfen keine weiteren Flächen entzogen werden. Die Gegenmaßnahmen reichen unserer Meinung nach von der Anpassung der Straßenbaustrategie bis hin zu flächengleichen Entsiegelungsmaßnahmen im Falle eines Eingriffes in Landwirtschaftsflächen.

Zudem führen Bodenspekulationen zu massiven Preissteigerungen, sodass sich vor allem finanzstarke, landwirtschaftsfremde Investoren gegenüber Landwirt*innen durchsetzen und sich Boden als ein lukratives Anlage- und Spekulationsobjekt sichern. Dadurch werden landwirtschaftlichen Betrieben Flächen entzogen, die Chancen für Junglandwirt*innen beeinträchtigt und die Entwicklung der Dörfer erschwert. Durch einen landeseigenen Bodenfonds, in dem Flächen angekauft und gesammelt werden, wollen wir Boden langfristig für die Landwirt*innen vor Ort sichern und in Pachtverträgen besonderen Wert auf umweltverträgliche Bewirtschaftungskonzepte legen.

Den Flächenverbrauch durch Verkehr, Siedlungsbau oder Rohstoffgewinnung wollen wir durch Flächenrecycling bzw. Brachflächenrevitalisierung, die Verringerung der Flächenneuanspruchnahme und die Steuerung von naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen deutlich zurückzufahren. Auch dazu wäre es möglich und sinnvoll, Flächen in öffentlicher Hand vorzuhalten, die nicht der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden und werden.

9. Wie stehen Sie zum Erhalt der Weidetierhaltung und zu einem Ausgleich der Präventionsmaßnahmen vor dem Wolf, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsaufwandes? Welche Ansätze haben Sie, um in die Bestandsregulierung einzusteigen?

Mit der Weidetierhaltung ist die Pflege der Landschaft verbunden, durch die u.a. wertvolle Kulturlandschaften, Grünland oder Deiche erhalten und damit auch die Bedingungen für mehr Artenvielfalt und Klimaschutz verbessert werden. Ihr Beitrag zur regionalen landwirtschaftlichen Wertschöpfung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Diese Wertschätzung muss sich für die Halter*innen auch finanziell niederschlagen. Unserer Forderung nach einer Weidetierprämie könnte ein Baustein sein, um die Situation der Weidetierhaltung zu verbessern. Bestehende Programme, insbesondere zum Herdenschutz, müssen aufrechterhalten werden. Weidetierhaltung ist eine besonders naturverträgliche und tiergerechte Art der Nutztierhaltung, für sie können an ihre besondere wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung gekoppelte Prämien gezahlt werden.

Grundsätzlich begrüßt DIE LINKE die Wiederausbreitung von Arten, die in Deutschland heimisch waren. Probleme und Konflikte mit der Weidetierhaltung, die etwa mit der Einwanderung von Wölfen einhergehen, müssen dabei ernstgenommen und Schäden selbstverständlich ausgeglichen werden. Doch die finanzielle Kompensation für gerissene Tiere kann allein nicht ausreichen. Im Mittelpunkt steht für uns der Herdenschutz und die Förderung von Maßnahmen, die den Herdenschutz verbessern. Gemeinsam mit den angrenzenden Bundesländern muss darüber hinaus die systematische Beobachtung der Wölfe gestärkt werden, aus der bereits jetzt wichtige Erkenntnisse über Rudel und Einzeltiere gewonnen werden. Der Abschuss ist für uns nur die äußerste Maßnahme im Einzelfall, wenn Tiere ein auffälliges und unkontrollierbares Verhalten angenommen haben. Aktives Wolfsmanagement heißt für uns nicht „mehr Abschuss“, sondern Aufbau von Strukturen und Förderungen, die Herdenschutz, Wolfsbeobachtung und frühzeitige Problemerkennung stärken.

10. In den letzten Jahren haben viele Landwirte auf Ökolandbau umgestellt. Es fehlen jedoch Strukturen, um diese Entwicklung zu verstetigen. Wie sollen praxisnahe Forschung, produktionstechnische Beratung und wertschöpfende Vermarktungswege aufgebaut werden?

Der Ökolandbau arbeitet nach eigenen Bestimmungen. Ertragssteigerungen sind zwar auch hier ein Thema, aber das Hauptziel sind Produktionsprozesse, die Boden und Gewässer schützen sowie die biologische Vielfalt auf und neben dem Acker oder im Stall erhalten. Mineraldünger, synthetische Pflanzenschutzmittel oder gentechnisch veränderte Pflanzen sind z. B. verboten. DIE LINKE setzt sich daher für einen starken Ökolandbau ein, wobei ökologische und konventionelle Landwirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Für DIE LINKE ist eine nachhaltige Landwirtschaft mit fairer Bezahlung ein wichtiges Ziel. Dafür werden regionale, kooperative Lieferketten benötigt, die Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Verbraucher wieder näher zusammenbringen, mit regionaler Wertschöpfung den ländlichen Raum stärken sowie verlässliche und langfristig wirkende wirtschaftliche Beziehungen schaffen. Für die Landwirtschaft können sich so zukunftsfähige Perspektiven eröffnen, die genutzt werden müssen. Eine solche Transformation kann nur mit den Landwirt*innen gemeinsam gelingen. Deshalb müssen sie bei geplanten Regelungen frühzeitig einbezogen werden, um z.B. Grundlagen für eine verlässliche, faire und unkomplizierte öffentliche Förderung zu erarbeiten.

Die vorhandenen Kapazitäten für eine praxisnahe Forschung müssen ausgebaut werden, um neue Möglichkeiten für den Ökolandbau zu entwickeln und praxistaugliche Grundlagen für den Umstieg zu schaffen. Die LLG ist hier ein verlässlicher Partner und kann und muss auch den Ökologischen Landbau stärker in den Fokus nehmen und vor allem bei der produktionstechnischen Beratung zur Seite stehen.